

Inhaltsverzeichnis

1. Marten Westrup
2. Kategorie:EU
3. Lobbyismus in der EU
4. Seitenwechsler auf EU-Ebene
5. Seitenwechsler im Überblick
6. Seitenwechsel
7. Bundesverband der Deutschen Industrie
8. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Marten Westrup

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Mårten Westrup war für die Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission tätig, bevor er übergangslos zum europäischen Dachverband der Arbeitgeber **BusinessEurope** wechselte, um dort als Berater in Klimafragen zu fungieren. Ein Jahr später wechselte der Schwede wieder zur Kommission zurück - diesmal in die Generaldirektion Energie.

Dass sich durch diesen 180-Grad-Seitenwechsel von einer EU-Institution zu Vertretern der Industrie und wieder zurück zur Kommission im gleichen Themenfeld Interessenkonflikte ergeben können, liegt auf der Hand; dennoch verhinderte die Kommission diesen Wechsel nicht. Damit reiht sich Mårten Westrup in die lange Liste der **EU-Seitenwechsler** ein, die die personellen Verflechtungen zwischen EU-Institutionen und privaten Unternehmen sowie deren Verbänden und Lobbyorganisationen erahnen lässt.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	3
3 Wirken	3
4 Weiterführende Informationen	4
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
6 Einelnachweise	4

Karriere

- 2011 Marten Westrup wechselt zurück in die EU-Kommission; diesmal: Generaldirektion Energie^[1]
- 2010-2011 Berater des Industriekomitees von **BusinessEurope** (Dachverband europäischer Arbeitgeber) in Klimafragen
- 2007-09/2010 Politikreferent in der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission

Verbindungen / Netzwerke

Wirken

Seitenwechsel



- [Seitenwechselftabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Auf seiner ersten Station bei der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission war Westrup sowohl für Regulierungs- und Wettbewerbsfragen der Automobilindustrie zuständig, wie auch für Weltraum und Sicherheit. Dabei war Westrup an der Ausarbeitung von Gesetzesinitiativen, Evaluierungen der Information von EU-Ministern beteiligt. ^[1]

BusinessEurope gehört zu den mächtigsten Lobbyakteuren der Wirtschaft in Brüssel. Die Interessen der 41 Mitglieder aus 35 Staaten (aus Deutschland gehören ihm der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) sowie die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) an) werden unter dem Dach von **BusinessEurope** gebündelt. ^[2]

Bei **BusinessEurope** konnte Mårten Westrup dank seines Insiderwissen über die Kommission und seiner Kontakte von großer Hilfe sein, gerade wenn es um Ausarbeitung der Lobbystrategie ging. Unter anderem sein Insiderwissen zu Regulierungs- und Wettbewerbsfragen im Automobilbereich war bei seiner Beratung in Klimafragen für den Arbeitgeberverband wahrscheinlich von großem Interessen. Wenn **BusinessEurope** der Kommission nun seine Interessen vorbrachte, stand Westrup möglicherweise des Öfteren seinen ehemaligen Kollegen gegenüber. Gerade in den ersten zwei Jahren nach Verlassen eines Postens sind die Kontakte noch frisch und können sehr gut für Lobbyzwecke eingesetzt werden. Dass ihm das Verhandeln unter diesen Umständen leichter gefallen sein dürfte, liegt auf der Hand.

Der Wechsel war ohnehin nur möglich, da die Kommission einer Sonderregelung folgte: Deren Erlaubnis war für Westrups berufliche Umorientierung nicht nötig, da er auf Basis eines befristeten Vertrages angestellt war. Diese Sonderbehandlung der Vertragsangestellten ist jedoch kaum verständlich: Immerhin war Westrup über 2 Jahre bei der Kommission tätig; lang genug um sich ein großes Netz an Kontakten aufzubauen. ^[1]

Ein Jahr später, also 2011, zog es Westrup dann wieder zurück zur Kommission: diesmal in die Generaldirektion Energie, wo er für die Kontrolle der Strom-, Gas-, Kohle- und Ölmarkte zuständig ist. ^[3] Zuvor beriet Westrup den Dachverband der europäischen Arbeitgeber noch in Klimafragen. Durch diesen Rückwechsel in die Politik gewinnt sein Fall an doppelter Brisanz und verschärft den entstandenen Interessenkonflikt.

Weiterführende Informationen

- [Politische Debatte über Seitenwechsel auf europäischer Ebene](#), www.lobbypedia.de, abgerufen am 24.09.2012

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [1,11,2 Block the revolving door: Why we need to stop EU officials becoming lobbyists](#), www.altereu.org, aufgerufen am 24.09.2012
2. ↑ [BusinessEurope: 41 members in 35 countries](#), www.businesseurope.eu, aufgerufen am 24.09.2012
3. ↑ [Commission Directory, Westrup](#), www.ec.europa.eu, aufgerufen am 24.09.2012

Kategorie:EU

Nimmt man aufgrund der Daten im EU-Transparenzregister eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig. Sie genießen privilegierte Zugänge zu den KommissarInnen. Sie beeinflussen Richtlinien, bevor diese überhaupt entstanden sind. Sie überhäufen die Abgeordneten mit ihren Änderungsanträgen für Gesetzesvorlagen und sie bezahlen professionelle Lobbyagenturen dafür, im Zweifelsfall tief in ihre Trickkisten der Lobbystrategien zu greifen.

Seiten in der Kategorie „EU“

Folgende 124 Seiten sind in dieser Kategorie, von 124 insgesamt.

A

- [Archiv:ACTA](#)
- [Archiv:Adrian Severin](#)
- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#)
- [Amazon](#)
- [AmCham EU](#)
- [Andreas Schwab](#)
- [Angelika Niebler](#)
- [Anwaltskanzleien](#)
- [APCO Worldwide](#)
- [Apple](#)

- [Archiv:Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie \(ITRE\)](#)
- [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#)

B

- [Benita Ferrero-Waldner](#)
- [Bruegel](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Burson-Marsteller](#)
- [Archiv:Business Coalition for Transatlantic Trade](#)
- [BusinessEurope](#)

C

- [Canada Europe Roundtable for Business](#)
- [Cash-for-laws-Affäre](#)
- [CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement](#)
- [Charlie McCreevy](#)
- [Chronik der TiSA-Verhandlungen](#)
- [Archiv:Chronik der TTIP-Verhandlungen](#)
- [Climate Change, Biodiversity & Sustainable Development](#)
- [COPA-COGECA](#)
- [Archiv:Cross-Industry Initiative](#)

D

- [Deutscher Raiffeisenverband](#)
- [Deutscher Weinbauverband](#)
- [Deutscher Zigarettenverband](#)
- [Diana Banati](#)
- [Die Affäre um John Dalli](#)
- [DIGITALEUROPE](#)

E

- [Edelman](#)
- [Elmar Brok](#)
- [Erika Mann](#)
- [Archiv:Ernst Strasser](#)
- [Archiv:Euro 50 Group](#)
- [EuroCommerce](#)
- [EuropaBio](#)
- [European Automobile Manufacturers Association](#)
- [European Banking Federation](#)
- [European Centre for International Political Economy](#)
- [European Chemical Industry Council](#)
- [European Council on Foreign Relations](#)

- European Crop Protection Association
- European Energy Forum
- European Federation for Investment Law and Arbitration
- European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations
- European Food Information Council
- European Internet Forum
- European Logistics Platform
- European Organisation for Security
- European Parliamentary Financial Services Forum
- European Policy Centre
- European Round Table for Industry
- European Services Forum
- Europäische Agentur für Flugsicherheit
- Europäische Arzneimittelagentur
- Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
- Europäische Bankenaufsichtsbehörde
- Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
- Europäische Chemikalienagentur
- EUTOP
- Expertengruppen der EU-Kommission

F

- Fleishman-Hillard
- FoodDrinkEurope
- Forum Europe
- Friends of Europe

G

- German European Security Association
- Google
- Archiv:Gplus
- Günter Verheugen
- Günther Oettinger

H

- Archiv:High Level Working Group on Jobs and Growth
- Hill+Knowlton Strategies

I

- Intergroups

J

- JEFTA
- Jonathan Hill
- José Manuel Barroso

K

- Kangaroo Group
- Karenzzeit EU
- Klaus Regling
- Klaus-Heiner Lehne
- Knowledge4Innovation
- Kreativwirtschaft

L

- Lobbyismus in der EU
- LobbyPlanet Brüssel
- Lobbyregister EU
- Lobbyregulierung auf EU-Ebene

M

- Markus Ferber
- Marten Westrup
- Martin Bangemann
- Archiv:Meglena Kuneva
- Archiv:Michel Petite
- Microsoft
- Miguel Arias Cañete
- Mogens Peter Carl
- Monika Hohlmeier
- MSLGROUP

O

- Archiv:Ogilvy & Mather

P

- Pascal Lamy
- Peter Skinner
- Philip Morris
- Archiv:Pia-Noora Kauppi

- [Archiv:Politische Debatte über Seitenwechsel auf europäischer Ebene](#)

R

- [Regulatorische Kooperation](#)
- [Archiv:Rumiana Jeleva](#)

S

- [Security & Defence Agenda](#)
- [Seitenwechsler auf EU-Ebene](#)
- [Archiv:Sharon Bowles](#)
- [Sky and Space](#)
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)
- [Archiv:Suzy Renckens](#)

T

- [TISA - Trade in Services Agreement](#)
- [Transatlantic Business Dialogue](#)
- [Archiv:Transatlantic Economic Council](#)
- [Archiv:Transatlantic Trade and Investment Partnership](#)
- [Archiv:TTIP Advisory Group](#)

V

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verhaltenskodex für EU-Abgeordnete](#)
- [Viviane Reding](#)

W

- [Werner Langen](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)

Lobbyismus in der EU

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

In der **Europäischen Union** haben zahlreiche Gesetze mit zentraler Bedeutung für Gesellschaft und Umwelt ihren Ursprung – wie die Sicherheit von Nahrungsmitteln, die Bekämpfung des Klimawandels oder die Regulierung der Finanzmärkte.

Betroffen sind von diesen Gesetzen auch zahlreiche Großindustrien. Großunternehmen haben daraus längst Schlüsse für ihre Lobbyarbeit gezogen und sind mit ihren Lobbyniederlassungen und Wirtschaftsverbänden in Brüssel präsent. Organisationen der Zivilgesellschaft haben ihre Präsenz in den vergangenen Jahren zwar ebenfalls steigern können – verglichen mit den Ressourcen europäischer und internationaler Großunternehmen bleiben ihre Einflussmöglichkeiten aber eher gering.

Nimmt man aufgrund der Daten im [EU-Transparenzregister](#) eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig.

Das gemeinsame [Transparenzregister von EU-Kommission und EU-Parlament](#) zählte im Juli 2018 11814 Lobbyorganisationen.^[1]

Brüssel gilt heute nicht nur als die Hauptstadt der Europäischen Union. Sondern nach Washington auch als zweitgrößte Anlaufstelle für Lobbyisten. Eine enorme Fülle an politischem Einfluss der Unternehmen ist zu beobachten. Die extrem hohe Präsenz und die großen Ressourcen, die für die Lobbyarbeit eingesetzt werden, sind dafür ein Grund. Daneben gibt es allerdings zahlreiche weitere.

Interessante Inhalte? Die **Lobbypedia** soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie **LobbyControl** jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der **LobbyControl-Gemeinschaft**. [Dankeschön!](#)



Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme auf die Europäische Kommission	10
2 Privilegierter Zugang zur EU-Kommission	10
3 Zugang über Expertengruppen	10
4 Einflussnahme auf das Europäische Parlament	11
5 Einflussnahmen über Expertise	11
6 Einflussnahme über Intergroups	11
7 Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten	11
8 Fragwürdige Methoden der Einflussnahme	11
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12

10 Einelnachweise 12

Einflussnahme auf die Europäische Kommission

Die **EU-Kommission** ist die einzige Institution in der EU mit Gesetzgebungskompetenz. Bei ihr nehmen also Richtlinien und Verordnungen normalerweise ihren Ausgang. Daher ist sie der erste Anlaufpunkt für Lobbyakteure.

Privilegierter Zugang zur EU-Kommission

Transparenz-Initiativen beobachten vor allem die privilegierten Zugänge kritisch, die Vertreter und Lobbyisten der Großunternehmen und der Wirtschaftsverbände zur Kommission genießen. Spätestens seit der Gründung des Europäischen Binnenmarkts spielt der Gedanke der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raums eine zentrale Rolle in der Politik der europäischen Institutionen.

Über Jahre hinweg und durch zahlreiche Lobbykampagnen ist es einflussreichen Lobbygruppen wie dem **European Roundtable of Industrialists** (ERT), aber auch dem Arbeitgeber-Dachverband **BusinessEurope** und globalen Konzernen gelungen, diesen Wettbewerbsgedanken prioritär in Strategien (Lissabon-Strategie, Europa 2020) und Vertragsanhängen^[2] zu verankern. Die Europäische Kommission pflegt schon dadurch einen sehr engen Austausch mit den großen Wirtschaftsverbänden und den Eliten der europäischen Konzerne. Es ist völlig normal, dass die großen Verbände zu politischen Vorhaben in ihrem Bereich als erste informiert werden, und die Kommissare gehen regelmäßig zu Veranstaltungen und Vorträgen der Unternehmen und Verbände, um zu sprechen und zuzuhören.^[3]

Wer nicht von Haus aus mit mindestens einem Kommissar oder seinem Generaldirektor einen engen Austausch pflegt, kann sich über das Anheuern einer Lobbyagentur oder die Anstellung eines **Seitenwechslers** Zugang verschaffen.

Zugang über Expertengruppen

Einen weiteren privilegierten Zugang haben Unternehmen und Wirtschaftsverbände über die **Expertengruppen der EU-Kommission**. Die Kommission, als bürokratisches Monster verschrien, hat selber bei weitem nicht ausreichend Experten für all ihre speziellen Gesetzesanliegen. Mit etwa 30.000 Mitarbeitern hat sie weit weniger Personal als beispielsweise die Stadt Hamburg. Zur Lösung dieses Problems setzt sie so genannte Expertengruppen ein, um Expertise für ein bestimmtes Vorhaben zu erhalten. Es gibt etwa 1.000 davon bei der Europäischen Kommission. Sie haben großen Einfluss auf die Formulierung von Vorschriften und Richtlinien. Daher ist es so relevant, wie sie besetzt sind. Hier können Lobbyakteure zum frühesten Zeitpunkt Pflöcke einschlagen, die so leicht nicht wieder umzuwerfen sind. Die Unternehmen und Wirtschaftsverbände, gut ausgestattet mit Personal, geben ihre Expertise gerne. Denn sie wissen, dass man neue Gesetze am effektivsten beeinflusst, bevor sie entstehen.

- Sieh auch → **Dominanz der Finanzbranche in den Expertengruppen der EU**

Einflussnahme auf das Europäische Parlament

Das **Europäische Parlament** hat seit dem Vertrag von Lissabon sehr viel an Macht hinzugewonnen, in den allermeisten Bereichen entscheidet es jetzt mit. Es kann Vorschläge der EU-Kommission genehmigen, ändern und in manchen Fällen sogar blockieren. Dadurch ist es zu einem wichtigen Adressaten für LobbyistInnen geworden.

Einflussnahmen über Expertise

Lobbyagenturen, Rechtsanwaltskanzleien usw. helfen den Abgeordneten gerne, die Komplexitäten von Richtlinien und die Bedürfnisse ihrer Auftraggeber zu verstehen. Dabei ist die Darstellung natürlich geprägt von den eigenen Interessen. Viele Lobbyakteure sehen es als Service, Änderungsvorschläge direkt in Form eines Änderungsantrags einzureichen – ein Service, den Nichtregierungsorganisationen in dieser Masse nicht bieten können. Bei stark umstrittenen Richtlinien kann es durchaus 1.000 bis 1.500 Änderungsanträge geben.^[4]

Einflussnahme über **Intergroups**

Zahlreiche Abgeordnete im Europäischen Parlament lassen sich allerdings ganz bewusst für die Interessen der Industrie einspannen.^[5] Ein typisches Format der Zusammenarbeit sind so genannte **Intergroups**, interfraktionelle Arbeitsgruppen, von denen es etwa 60-80 im Europäischen Parlament geben dürfte. Viele von ihnen sind eigentlich Lobbyplattformen.^[6] Abgeordnete verschiedener Fraktionen treffen sich hier mit Vertretern von Unternehmen zu Arbeitsfrühstücken, Businesslunches, Cocktailabenden. Häufig gibt es fachliche Vorträge. Derartige Aktivitäten, aber auch die normalen Veranstaltungen werden durch die Unternehmen, die Mitglieder sind, finanziert.

Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten

Nicht wenige Abgeordnete im **Europäischen Parlament** gehen neben ihrem Mandat einer weiteren Tätigkeit nach. Unter den deutschen Abgeordneten sind dies ca. 25%. (Quelle ?) Nicht bei allen entsteht dadurch sofort ein Interessenkonflikt. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass Abgeordnete bestimmte Interessen besonders vertreten. Es ist auch grundsätzlich nicht problematisch, seine Landwirtschaft oder die Arztpraxis, die Tätigkeit, in der man zuvor gearbeitet hat, weiterzuführen, sofern sich dies mit der Tätigkeit als Abgeordnete/-r zeitlich vereinbaren lässt. Fragen werfen alle Tätigkeiten auf, durch die Geld oder andere Leistungen eines Akteurs mit einem klaren Interesse an EU-Politik (Unternehmen, Verbände etc.) an den oder die Abgeordnete fließen.

Fragwürdige Methoden der Einflussnahme

Zusätzlich zu den ungleichen Machtverhältnissen und den privilegierten Zugängen sind es vor allem die großen Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die sich das Beauftragen professioneller Lobbyagenturen leisten können: Diese stellen nicht nur ihre gut gefüllten Adressbücher zur Verfügung – darunter zahlreiche ehemalige Kommissar/-innen und hohe Kommissionsbeamte sowie ehemalige Abgeordnete und deren Personal. Sie verfügen auch über die besten „Spin Doctors“ und gut gefüllte Trickkisten mit Lobbystrategien, die oft jenseits der Grenzen ethisch korrekter Lobbyarbeit liegen.

PR-Agenturen wie unter anderem [Burson-Marsteller](#) oder [Fleishman-Hillard](#) helfen gerne, wenn es zum Beispiel darum geht, handfeste Industrieinteressen in das Mäntelchen von Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft oder wenigstens eines Teils von ihr zu kleiden. Da werden zum Beispiel so genannte „Front Groups“ gegründet – unter anderem in Form wissenschaftlich klingender Initiativen wie das [Bromine Science and Environment Forum](#). In Wahrheit wird hier die Lobbyarbeit gegen das Verbot bromierter Flammschutzmittel von Burson Marsteller koordiniert und von den vier weltgrößten Herstellern von bromierten Flammschutzmitteln bezahlt. Die Öffentlichkeit sieht zunächst nicht, wessen Interessen dahinterstecken. Auch das Vortäuschen von Bürgerinitiativen ist eine immer wieder angewandte Strategie. [\[7\]](#)[\[8\]](#)

Auch die Arbeit zahlreicher [Denkfabriken](#) ist zu hinterfragen. So erhielt die Brüsseler Denkfabrik [Center for the New Europe](#) 2003 und 2004 insgesamt 120.000\$ für seine „Aufklärungsbemühungen“ zur Erderwärmung durch den Ölgiganten [Exxon Mobil](#). [\[9\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 16.07.2018.
2. ↑ EU-Vertrag von Amsterdam, Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“, Abs. 9. Demnach muss die EU-Kommission, bevor sie neue Rechtsvorschriften erlässt, „umfassende Anhörungen durchführen“ und zudem dafür Sorge tragen, dass „die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand (...) der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen“.
3. ↑ ALTER-EU: Bursting the Brussels Bubble - The Battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU, Brussels, 2010
4. ↑ zum Beispiel bei der Richtlinie REACH, vgl.: Adamek, Sascha; Otto: Kim: Der gekaufte Staat: S.
5. ↑ [Spinwatch: Too Close for comfort](#), Spinwatch, UK, Juli 2008, abgerufen am 12.12.2012
6. ↑ [Lobbying under the radar](#), www.corporateeurope.org vom 24.5.2011, abgerufen am 12.12.12
7. ↑ [Astroturf: Eine neue Lobbystrategie in Deutschland](#), Anna Irmisch, Seite 23, 2011 Verlag für Sozialwissenschaften
8. ↑ [Campaign for Creativity erhält Worst-EU-Lobby-Award](#), www.lobbycontrol.de vom 16.12.05, abgerufen am 10.12.12
9. ↑ [Centre for the New Europe](#), www.soucwatch.org abgerufen am 10.12.12

Seitenwechsler auf EU-Ebene

Seitenwechsel, auch Drehtür-Effekt, "Revolving door" genannt, ist ein häufiges und typisches Phänomen des Lobbyismus: PolitikerInnen oder hochrangige MitarbeiterInnen aus Ministerien wechseln aus ihrem Amt oder Mandat zu Unternehmen oder Interessensverbänden und übernehmen dort Lobbytätigkeiten. Häufig werden sie in Bereichen tätig, für die sie zuvor in ihrer politischen Funktion auch zuständig waren.

Nachdem 2022 im Rahmen der Veröffentlichung der "Uber Files" Details über den Wechsel der EU-Kommissarin Neelie Kroes als Lobbyistin zum Fahrdienstleister Uber bekannt geworden waren, kritisierte Corporate Europe Observatory (CEO) in einem öffentlichen Schreiben an Kommissionspräsidentin von der Leyen den unzureichenden Umgang der EU-Kommission mit Seitenwechseln^{[1][2]}

Seitenwechsel 2022

Name	Land	Alter	Job bis	Neuer Job ab
Cecilia Malström	Schwe den	2014-2019	EU-Kommissarin für Handel, 2010-2014 Kommissarin für Inneres	<ul style="list-style-type: none">• seit 01/2022 Senior Advisor bei der Wirtschaftskanzlei Covington & Burling^[3]

Seitenwechsel 2020

Name	Land	Alter	Job bis	Neuer Job ab
Günther Oettinger	Deut schla nd er	2017-2019	EU-Kommissar für Haushalt und Personal, Kommissar für Digitalwirtschaft, Kommissar für Energie	<ul style="list-style-type: none">• 2019 Gründung der Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH• 2020 Mitglied von Gremien einer Vielzahl von Unternehmen und wirtschaftsnahen Denkfabriken^[4]

Seitenwechsel 2017

Name	Land	Alter	Job bis	Neuer Job ab
Jonathan Hill	Großbritannien	11/2014-06/2016	Finanzkommissar der EU-Kommission	<ul style="list-style-type: none">• seit 2017 Berater bei Freshfields Bruckhaus Deringer• seit 2018 Berater bei UBS und Deloitte

Seitenwechsel 2016

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
José Manuel Barroso	Portugal	2004-10/2014 Präsident der EU-Kommission	<ul style="list-style-type: none">• 07/2016 Goldman Sachs, Mitglied des Verwaltungsrats und Berater• Lenkungsausschuss der Bilderberg-Konferenz• Ehrenamt beim European Business Summit von BusinessEurope
Barbara Gallani		2016 Direktorin der Lobbyorganisation der britischen Nahrungsmittelindustrie Food and Drink Federation (FDF)	<ul style="list-style-type: none">• 05/2016 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), Leiterin der Abteilung Kommunikation und Außenbeziehungen
Neelie Kroes	Niederlande	<ul style="list-style-type: none">• 2010-2014 EU-Kommissarin für die Digitale Agenda• 2004-2010 Wettbewerbskommissarin	<ul style="list-style-type: none">• 05/2016 Sales Forces, Aufsichtsrat• Uber, Beraterin
Karel de Gucht	Belgien	2010-2014 Kommissar für Handel	<ul style="list-style-type: none">• 05/2016 ArcelorMittal, Aufsichtsratmitglied

Seitenwechsel 2015

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Guido Peruzzo	Deutschland	01/2015 Stellv. Ständiger Vertreter Deutschlands bei der EU	<ul style="list-style-type: none">• 06/2015 Geschäftsführer der Lobbyagentur EUTOP Brussels
Neelie Kroes	Niederlande	10/2014 EU-Kommissarin für die Digitale Agenda	<ul style="list-style-type: none">• xx/2015 Sonderberaterin für die US-Großbank Bank of America
John Clancy	UK	10/2014 Sprecher von EU-Handelskommissar Karel de Gucht	<ul style="list-style-type: none">• xx/2015 Lobbyfirma FTI Consulting, Mitarbeiter
Karel de Gucht	Belgien	2010-10/2014 EU-Handelskommissar	<ul style="list-style-type: none">• xx/2015 Privatbank Merit Capital NV, Vorstand• xx/2015 Telekommunikationskonzern Belgacom/Proximus, Vorstand• xx/2015 Private-Equity-Unternehmen CVC Capital Partners

Seitenwechsel 2014

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Viviane Reding	Luxemburg	06/2014 EU-Kommissarin für Justiz	<ul style="list-style-type: none"> • 01/2015 Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • 01/2015 Agfa-Gevaert, Mitglied im Aufsichtsrats • 12/2014 Bergbaufirma Nyrstar, Mitglied des Verwaltungsrats • 07/2014 EU-Parlament, Mitglied
Maria Damanaki	Griechenland	2010-10/2014 EU-Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei	<ul style="list-style-type: none"> • US-NGO The Nature Conservancy (TNC), die enge Verbindungen zu Ölkonzernen und zur Finanzbranche pflegt
Siim Kallas	Estland	10/2014 EU-Verkehrskommissar	<ul style="list-style-type: none"> • xx/2014-08/2015 Berater für den estnischen Softwarekonzern Nortal. Zugleich war Kallas Sonderberater des amtierenden EU-Währungskommissars Valdis Dombrovskis
Silvana Koch-Mehrin	Deutschland	06/2014 Mitglied des EU-Parlament , FDP	<ul style="list-style-type: none"> • 11/2014 Lobbyagentur gplus
Holger Krahmer (FDP)	Deutschland	2004-2014 Mitglied des EU-Parlament	<ul style="list-style-type: none"> • 09/2014 Beratungsfirma Hanover Communication • 04/2015 Opel/General Motors (GM), Direktor für Europäische Angelegenheiten, Politik und Regierungsbeziehungen
Peter Skinner	UK	06/2014 Mitglied des EU-Parlament , Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)	11/2014 Lobbyist für den Versicherungskonzern Allianz SE
Sharon Bowles	UK	06/2014 Vorsitzende des Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) im EU-Parlament	08/2014 Vorstandsmitglied der London Stock Exchange (LSE), Europas führender Börse
Arlene McCarthy	UK	06/2014 stellv. Vorsitzende des Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) im EU-Parlament Berater des Flughafenverbands Arbeitsgemeinschaft Deutscher	07/2014 UK-Lobbyfirma Sovereign Strategy , Stellv. Vorsitzende (European Strategy) 06/2014 Mitglied des EU-Parlament

Jens Gieseke	Deutschland	Verkehrsflughäfen (ADV)	für die CDU
Hervé Jouanjean	Frankreich	04/2014 Generaldirektor der Generaldirektion Haushalt der EU-Kommission	05/2014 Berater ("Of counsel") bei der französischen Anwaltskanzlei Fidal
Corien Wortmann-Kool	Niederlande	07/2014 Stellv. Fraktionschefin und Finanzexpertin der EVP-Fraktion im EU-Parlament	05/2014 Mitglied des Aufsichtsrats Versicherungskonzern Aegon
Christian Thimann	Deutschland	12/2013 Europäische Zentralbank (EZB), Berater des Präsidenten	01/2014 Versicherungskonzern Axa , Vorstand
Gayle Kimberley	Malta	bis 2011 Europäischer Rat	01/2014 Lobbyistin bei Swedish Match (Tabakkonzern)

Seitenwechsel 2013

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Joao Pacheco	Portugal	09/2013 EU-Kommission , GD Landwirtschaft, Stellv. Generaldirektor	10/2013 Unternehmensberatung Allen F Johnson & Associates , Direktor für die Europäischen Märkte
Serge Abou	Frankreich	bis 2011 EU-Botschafter in China	07/2013 Berater bei Huawei
Fanny-Pomme Langue	Frankreich	09/2012 EU-Kommission , GD Energie	01/2013 European Biomass Association (AEBIOM), "Policy Director"
Maria Trallero	Spanien	2005-2012 EU-Kommission, DG Handel, Policy Coordinator	xx/2013 Europäischer Pharma-Dachverband EFPIA , Direktorin für Handelspolitik

Seitenwechsel 2012

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Vicenzo Salvatore	Italien	06/2012 Leiter der Rechtsabteilung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA)	E der Aufgabe Life-Science Unternehmen zu beraten, wenn es um EU-Gesetze geht
Diana Banati	Ungarn	05/2012 Vorsitzende des EFSA -Verwaltungsrats	05/2012 Lobbyverband International Life Sciences Institute
Xavier Luria	Spanien	Leiter des Bereichs "Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln" der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA)	03/2012 Berater für diverse Pharmaunternehmen
Jean De Ruyt	Belgien	Ständiger Vertreter Belgiens bei der EU	01/2012 "Senior European policy advisor" bei der Kanzlei Covington & Burling LLP

Seitenwechsel 2011

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Ernst Strasser	Österreich	bis 2011 Mitglied des EU-Parlament	Rücktritt wegen der „ Cash-for-laws-Affäre “
Tibor Kiss	Ungarn	Botschafter und ständiger Vertreter Ungarns bei der EU	„Senior Political Adviser“ bei der PR-Agentur PA Europe
David Carlander	Schweden	2011 EFSA , zuständig für Risikobewertung von Nanotechnologie in Nahrungsmitteln	09/2011 Cheflobbyist bei Nanotechnology Industry Association
Thomas Lönnngren	Schweden	12/2010 Direktor der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA)	<ul style="list-style-type: none">• gründete sein eigenes Beratungsunternehmen Pharma Executive Consulting Ltd. noch als EMA-Direktor• 01/2011 Wechsel ins Management der Beratungsagentur NDA, die sich auf die Beratung der Pharmaindustrie spezialisiert hat

Seitenwechsel 2010

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Eoin O'Malley	Irland	2006-xx/2010 BusinessEurope , Senior Adviser on International Relations	06/2010 EU-Kommission , DG SANCO, dann DG Handel, Referent und Redenschreiber
Günter Verheugen	Deutschland	02/2010 EU-Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik	<ul style="list-style-type: none"> • 04/2010 Royal Bank of Scotland • Gründung seines eigenen Lobbyunternehmens European Experience Company
Benita Ferrero-Waldner	Österreich	2009 EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik	02/2010 Munich Re AG
Mogens Peter Carl	Dänemark	Generaldirektor der Generaldirektion (GD) Handel und danach bis 08/2009 Generaldirektor der GD Umwelt	02/2010 Berater bei Kreab Gavin Andersen
Joe Borg	Malta	2009 EU-Kommissar für Fischerei und Maritime Angelegenheiten	xx/2010 FIPRA
Javier Solana	Spanien	2009 Generalsekretär des Rates der Europäischen Union , Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	xx/2010 Brookings Institution
Charles McCreevy	Irland	2010 EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen	xx/2010 Berater bei Ryanair
Meglena Kuneva	Bulgarien	2009 EU-Kommissarin für Verbraucherschutz	xx/2010-xx/2013 Mitglied des Vorstands der französischen Großbank BNP Paribas

Seitenwechsel 2009

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Mårten Westrup	Schweden	EU-Kommission, Generaldirektion "Unternehmen und Industrie"	12/2009 Arbeitgeberdachverband BusinessEurope
Derek Taylor	UK	leitender Berater für Energie bei der Generaldirektion Energie der EU-Kommission	Berater für Energiefragen bei der Lobbyagentur Burson-Marsteller

Seitenwechsel 2008

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Michel Petite	Frankreich	2007 Generaldirektor des Juristischen Diensts der EU-Kommission	2008 Kanzlei Clifford Chance
Suzy Renckens	Belgien	2008 Abteilungsleiterin des Bereichs Gentechnik der EFSA	2008 Lobbyistin beim Gentechnik-Unternehmen Syngenta
Jacques de Larosière	Frankreich	2009 Berater für den Präsidenten der Bank BNP Paribas	2008 Vorsitz der high-level group on financial supervision der EU

Seitenwechsel 2007

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Wilhelm Schönfelder	Deutschland	06/2007 EU-Botschafter der Bundesrepublik Deutschland	09/2007-2010 Leiter der Siemens -Vertretung in Brüssel
Alexander Schaub	Deutschland	06/2006 Generaldirektor Binnenmarkt der EU-Kommission	02/2007 Berater bei Freshfields Bruckhaus Deringer
Otmar Issing	Deutschland	05/2006 Chefökonom der Europäischen Zentralbank	01/2007 „International Advisor“ der Investmentbank Goldman Sachs

Seitenwechsel 2001

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Leon Brittan	UK	1999 Vizepräsident EU-Kommission und EU Handelskommissar	<ul style="list-style-type: none"> • 03/2001 International Financial Services London • seit 2011 UBS Warburg

Seitenwechsel 2000

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Martin Bangemann	Deutschland	bis 1999 EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation	2000-2001: Aufsichtsratsmitglied bei Telefonica

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z

- Lobbyismus in der EU

Seitenwechsel



- Seitenwechselftabelle
- Was ist das Problem?

Weiterführende Informationen

- Politische Debatte über Seitenwechsel auf europäischer Ebene
- Seitenwechsler in Deutschland im Überblick
- Seitenwechsel auf EU-Ebene, Liste von Corporate Europe Observatory (CEO), engl.
- Zusammenfassung einer ALTER-EU Studie

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

1. ↑ [Uber, Neelie Kroes, an the European Commission 14.07.2022](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 17.07.2022
2. ↑ [Datenleck setzt US-Konzern unter Druck](#), tagesschau.de vom 10.07.2022, abgerufen am 17.07.2022
3. ↑ [Cecilia Malström Joins Covington's Public Policy Practice](#), cov.com vom 05.01.2022, abgerufen am 09.01.2022
4. ↑ [Spitzenreiter bei den Nachfolgebeschäftigungen von ehemaligen EU-Kommissaren ist der ehemalige deutsche Kommissar Günther Oettinger](#), gruene-jork.de vom 30.11.2020, abgerufen am 15.01.2022

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- Seitenwechsler in Deutschland im Überblick

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- Seitenwechsel und Karenzzeiten (Überblick)

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



BDI - Bundesverband der Deutschen
Industrie e.V.



Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

Rechtsf eingetragener Verein
orm
Tätigkei Interessenvertretung der deutschen
tsbereic Gesamtindustrie
h
Gründu 19. Oktober 1949
ngsdat
um
Hauptsi Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin
tz
Lobbyb
üro
Lobbyb BDI/BDA The German Business
üro EU Representation, Rue du Commerce 31,
1000 Brüssel
Webadr bdi.eu
esse

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	23
1.1	Allgemeines	23
1.2	Förderkreis der Deutschen Industrie	23
1.3	Ausgewählte Mitgliedschaften	24
1.4	Public Private Partnership (PPP)	24
2	Fallstudien und Kritik	25
2.1	2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	25
2.2	2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	25
2.3	2020: Corona-Pandemie als Vorwand	26
2.4	2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	27

2.5 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	27
2.6 2011: BDI erhält Steuergelder	27
2.7 2011: Das Atomatorium, Brüderle und Schnappauf	27
2.8 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	27
2.9 Lobbyisten in Ministerien	28
2.10 Bundesbeamte beim BDI	29
2.11 Seitenwechsel	29
3 Organisationsstruktur und Personal	29
3.1 Das Präsidium	29
3.2 Der Vorstand	30
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	30
3.4 Mitgliedsverbände	30
3.5 Landesvertretungen	30
4 Geschichte	31
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
6 Einelnachweise	31

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: ^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher Einrichtungen, wie z.B. das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das Forschungsinstitut für

Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmergegespräche (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI. ^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen. ^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungs-Pflicht ins Lobbyregister aus. ^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden [Organisationen](#):

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern](#) (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Ostaußschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- Forum Luft- und Raumfahrt
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Pro Mobilität
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership](#) (PPP)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht^[9], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert.^[10] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“^[11]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“. ^[12]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“ ^[13]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt.^[14]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.^[15]

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“. ^[16] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erwecken „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“. ^[16]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt.^[17] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten

Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021).^[18] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[19] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken.^[20]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „*dringend überarbeitungswürdig*“.^[21] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[22]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen.^[17]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[23] Noch im Juli 2020 hatte der Seitenwechsler und BDI-Geschäftsführer Joachim Lang das deutsche Gesetz als „*nationalen Sonderweg*“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[19]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „*no action necessary*“.^[19] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes BusinessEurope bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie BusinessEurope gezielt Lobbyarbeit beim Ausschuss für Regulierungskontrolle (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Komissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[24]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory: In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-

Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung. [\[25\]](#)

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbänden Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. [\[26\]](#)

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu **TTIP** zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“[\[27\]](#), dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Samstagausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im **Bundeswirtschaftsministerium**, **Stefan Kapferer**, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein. [\[28\]](#)

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat. [\[29\]](#) Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer." [\[30\]](#)

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet. [\[31\]](#)

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 – 31.03.2008
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit

Themen im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[39][37]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[40] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten ^[39]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[41]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungskündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[42], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[43]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.^[44]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das [Präsidium](#) besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen,

die koptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), der Präsident des [Deutschen Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK), der Direktor des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der [Vorstand](#) besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion Name

Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönne Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg (CDU)

Stellv.

Hausptgeschäftsführer Holger Lösch (CDU)

Quelle: [\[45\]](#) (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

[Mitglieder](#) im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)

- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:^[46]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände« gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der »Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.^[47] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[48] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[49]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
2. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
3. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
4. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
5. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
6. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
7. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
8. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
9. ↑ [Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023

10. ↑ [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
11. ↑ [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
12. ↑ [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftsflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
13. ↑ [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
14. ↑ Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren
15. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
16. ↑ [16.016.1 Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
17. ↑ [17.017.1 Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
18. ↑ [Drucksache 19/28193 S. 52](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
19. ↑ [19.019.119.2 Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
20. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
21. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
22. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
23. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
24. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
25. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
26. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
27. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
28. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
29. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
30. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
31. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
32. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"

33. [↑ Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Lötzsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
34. [↑ Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Lötzsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
35. [↑ Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010](#)
36. [↑ Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
37. [↑ 37.037,1](#) Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
38. [↑ Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
39. [↑ 39.039,1](#) Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
40. [↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011](#)
41. [↑ \[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen.](#) Letzter Zugriff: 25.04.2012
42. [↑ Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
43. [↑ Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
44. [↑ Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
45. [↑ Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
46. [↑ BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
47. [↑ BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
48. [↑ Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
49. [↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.](#), Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Danke schön!](#)



Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) ist eine mächtige Interessenvertretung deutscher Unternehmen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbe Interessenvertretung der
reich deutschen Arbeitgeber
Gründungsda <text>
atum
Hauptsitz Breite Straße 29, 10178 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro <text>
EU
Webadresse www.bda-online.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	34
1.1 Verbindungen/ Netzwerke	34
1.2 Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft	35
1.3 Wettbewerb Starke Schule	35
1.4 Walter-Raymond-Stiftung	35
2 Fallstudien und Kritik	35
2.1 2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	35
2.2 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	37
3 Organisationsstruktur und Personal	38
3.1 Mitgliedsverbände	38
3.2 Hauptgeschäftsführung	38
3.3 Präsidium	39
3.4 Vorstand	40
4 Finanzen	41
5 Kurzdarstellung und Geschichte	41
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	42
7 Einzelnachweise	42

Lobbystrategien und Einfluss

Verbindungen/ Netzwerke

- Die BDA ist Mitglied von [BusinessEurope](#), dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber mit Sitz in Brüssel.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft

Die [Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft](#) (BUAG) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften Schulewirtschaft mit ihren Arbeitskreisen. Die BUAG wird getragen von der BDA und dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Wettbewerb Starke Schule

Mit dem Wettbewerb [Schule](#) zeichnen die [Hertie-Stiftung](#), der BDA, die [Bundesagentur für Arbeit](#) und die [Deutsche Bank Stiftung](#) alle zwei Jahre Schulen aus, die sich in herausragender Weise für ihre Schüler einsetzen.

Walter-Raymond-Stiftung

Die Stiftung pflegt den Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik . Mitglieder des Beirats sind u.a.:

- Bernd Raffelhüschen^[1]
- Michael Hüther

Fallstudien und Kritik

2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Die BDA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. ^[2]

• **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen. ^[3] Die BDA versuchte u.a. die angedachte zivilrechtliche Haftung für Unternehmen zu verwässern. ^[4] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“. ^[5] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erwecken „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“. ^[5]

Der Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum [6] zeigt detailliert, dass die BDA „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess ausgeübt hatte. So verschaffte sich dieser Gehör in höchsten Regierungskreisen: Zum Thema des Lieferkettengesetzes fand ein Telefonat zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier und dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (16. Dezember 2020) statt, sowie ein weiteres gemeinsames Telefonat (12. Februar 2021) zwischen Altmaier und einer Delegation aus Wirtschaftsvertretern, an dem auch der BDA teilnahm. Auch zwischen der Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel und Vertretern der BDA habe es einen persönlichen Austausch zum Lieferkettengesetz gegeben: am 31. August mit dem damaligen BDA-Präsidenten **Ingo Kramer** und am 12. Januar 2021 mit seinem Nachfolger **Rainer Dulger**. Darüber hinaus soll es zudem eine Korrespondenz zwischen dem damaligen Kanzleramtsminister Helge Braun und dem Hauptgeschäftsführer der BDA, **Steffen Kampeter** zum selben Thema gegeben haben.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer **Kampeter** war häufig an den Gesprächen mit **Merkel** und **Altmaier** beteiligt. **Kampeter** war vor seinem Wechsel zur BDA von 2009 bis 2015 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) und verfügte daher über gute Kontakte in die damalige Bundesregierung (Seitenwechsel-Link). [6] Laut einem Follow-Up Bericht derselben zivilgesellschaftlichen Organisationen erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet. [2]

Darüber hinaus hatte es deutliche inhaltliche Überschneidungen zwischen den Positionen des Wirtschaftsflügels der Union und der BDA gegeben. So hatte der **Seitenwechsler** und CSU-Politiker **Hans Michelbach**, der 2001 Vize-Präsident der BDA war, am 13. März 2021 von der Bundesregierung gefordert, ein Lieferkettengesetz „ersatzlos“ zu streichen. [7] Ein Artikel von Lobby Control (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU findet sich [hier](#).

Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz hatte die Lobbyarbeit der BDA letztlich Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz durch das Intervenieren des Wirtschaftsministeriums für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein. [8]

Darüber hinaus versuchte die Vereinigung nach der Verkündung des Gesetzes, seine konkrete Umsetzung zu beeinflussen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) der BDA mit dem **BDI**, dem **HDE** und dem **DIHK** forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände, aufgrund der durch den Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiepreise, ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft. Teil dieser Forderung war, dass das Inkrafttreten des Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte. [4] Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Führende Ökonomen widersprachen dem schon damals. [6] Der Wirtschaftsweise Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“ [9]

- **Europäisches Lieferkettengesetz**

Auch beim europäischen Gesetzesvorhaben versuchte die Vereinigung eine umfassende Regelung zu verhindern.

Wie das Recherchenetzwerk Correctiv^[10] berichtet, adressierte die BDA die „Erwartungen der deutschen Wirtschaft“ an ein europäisches Lieferkettengesetz in einer E-Mail vom 30. April 2021 an das Justiz-Ressort der Europäischen Kommission. In einem beigefügten Non-Paper stellte die BDA die Forderungen auf, dass ein europäisches Gesetz „machbar“ und „angemessen“ sein müsse. Die Vereinigung verwies darauf, dass „Die Pflicht, für Menschenrechte zu sorgen, [...] in die Zuständigkeit von staatlichen Autoritäten [falle] und [...] nicht einfach an Unternehmen outgesourced werden [köinne]“.

Ebenso wie auf nationaler Ebene, lehnte die BDA auf europäischer Ebene eine zivilrechtliche Haftung und die Kontrolle von Sorgfaltspflichten, die über das erste Glied der Lieferkette – also den direkten Zulieferer – hinausgehen, ab. Die Vereinigung betonte, „dass ein Abschneiden der globalen Lieferketten, also Ent-Globalisierung, die heimliche Agenda der Fürsprecher [des Gesetzes] ist.“

Darüber hinaus hatte es im Vorfeld des Gesetzesvorschlages der europäischen Kommission zwei virtuelle Treffen zwischen der BDA und Vertreter:innen des zuständigen Ressorts von EU-Justizkommissar Didier Reynders, der DGJUST, gegeben. ^[10] Dem Bericht „Inside Job“^[11] von Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge, hatte die DGJUST zwar das Ziel verfolgt, den Einfluss von Lobbyisten auf das Gesetz zu begrenzen, jedoch blieb dieser Widerstand laut dem Bericht nicht lange erfolgreich: Nachdem das wirtschaftsnahe Regulatory Scrutiny Board^[12] Gesetzesvorschläge der DGJUST zurückgewiesen hatte, wurde der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton als Mitverantwortlicher in die Gesetzesausgestaltung geholt. Dieser sei laut dem CEO Bericht eine „zutiefst umstrittene Personalie“, die aus der Wirtschaft in die Kommission wechselte und dort eine unternehmensnahe Politik verfolge. Bei einem Treffen mit Bretons DG GROW (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) der europäischen Kommission, hatte sich die BDA u.a. für eine Lockerung der geplanten Regularien eingesetzt: Insbesondere die Größe der miteinzubeziehenden Unternehmen, die Regeln für Unternehmensleitungen und -vorstände und die zivilrechtliche Haftung von Unternehmenschefs wurden dabei thematisiert. ^[11]

Die Bemühungen der Wirtschaftslobby konnten letztendlich Teilerfolge erzielen. Nach einer Analyse der Initiative Lieferkettengesetz des Kommissionsvorschlags (Stand 2022) habe das Gesetz z.B. die zivilrechtliche Haftung beibehalten, enthielte aber dennoch „Schwachstellen und Schlupflöcher“, z.B. in der Art der vom Gesetz abgedeckten Geschäftsbeziehungen. ^[13] Im weiteren Prozess musste das Gesetz noch Zustimmung vom europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union erhalten. Hier wandte sich die BDA in einem persönlichen Treffen an den Schattenberichterstatter Axel Voss (30/03/2022). ^[14] Der CDU-Politiker war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die auch beim deutschen Gesetz starken Widerstand signalisiert hatten. ^[15]

Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen, zeigen, dass auch die Scholz-Regierung auf EU-Ebene für die Interessen bestimmter Arbeitgeber- und Industrieverbände eintrat. So forderte die Bundesregierung im Einklang mit den Forderungen der BDA eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#))^[16]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDA, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Mitgliedsverbände

Mitglieder der BDA sind die 52 Bundesfachspitzenverbände und die 14 Landesvereinigungen der Arbeitgeber.

Hauptgeschäftsleitung

- Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsleiter • CDU, bis Juni 2015 Parl. Staatssekretär im Bundesfinanzministerium) seit 07/2016
- Peter Clever • Bundesagentur für Arbeit, Sprecher der Arbeitgeberbank im Verwaltungsrat
- Alexander Gunkel • Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund), Vorsitzender des Bundesvorstands • Stellv. Vorsitzender des Sozialbeirats für die Rentenversicherung

(Stand: August 2016) Quelle: [\[18\]](#)

Präsidium

Ingo Kramer	Präsident	<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführender Gesellschafter J. Heinr. Kramer Holding GmbH• Institut der deutschen Wirtschaft, Vizepräsident• Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Josef Beutelmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Barmenia Versicherungen, Aufsichtsratsvorsitzender• Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Gerhard F. Braun	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführender Gesellschafter Karl Otto Braun Gruppe
Rainer Dulger	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Gesamtmetall, Präsident
Otto Kentzler	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Präsident
Randolf Rodenstock	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident• Gesamtmetall, Vizepräsident• Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Kuratoriumsmitglied• Wirtschaftsforum der FDP
Elke Strathmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• Continental AG, Vorstandsmitglied
Margret Suckale	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none">• BASF SE, Vorstandsmitglied
Reinhard Göhner		<ul style="list-style-type: none">• BDA Hauptgeschäftsführer
Rüdiger Grube		<ul style="list-style-type: none">• Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Arend Oetker		<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG• Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Vizepräsident• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter• Atlantik-Brücke, Mitglied des International Advisory Council• Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Vorsitzender des Stiftungsrats

Weitere Mitglieder:

Frank Appel (Vorstandsvorsitzender [Deutsche Post](#) AG), Thomas Bäumer, Werner M. Bahlsen, Bernhard Beck (Vorstandsmitglied [EnBW](#) AG), Hans-Dieter Bremer, Wolfgang Brinkmann, Milagros Caiña-Andree (Vorstandsmitglied [BMW](#) AG), Jürgen Deilmann, Martin Empl, Brigitte Faust, Bodo Finger, Heide Franken (Geschäftsführerin [Randstad](#)), Alfred Gaffal, Wolfgang Goebel, Helmut Heinen, Klaus Helmrich (Vorstandsmitglied [Siemens](#) AG), Fritz-Heinz Himmelreich, Hartmut Koch, Helmut F. Koch, Walter Koch, Gregor Lehnert, Stephan Leithner (Vorstandsmitglied [Deutsche Bank](#) AG), Horst-Werner Maier-Hunke, Wilhelm von Moers, Wilfried Porth (Vorstandsmitglied [Daimler](#) AG) Josef Sanktjohanser (Präsident [Handelsverband Deutschland - HDE](#)), Marion Schick (Vorstandsmitglied [Deutsche Telekom](#) AG), Andreas Schmieg (Vizepräsident [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), HDB), Heinrich Spies, Bernd Tönjes (Vorstandsvorsitzender [RAG](#) AG), Bettina Volkens, Uli Wachholtz, Dieter Weidemann, Stefan Wolf

Klaus Murmann	Ehrenpräsident	<ul style="list-style-type: none">• ehem. Vorstandsvorsitzender Sauer-Danfoss Inc.
Dieter Hundt	Ehrenpräsident	<ul style="list-style-type: none">• Aufsichtsratsvorsitzender Allgaier Werke GmbH• BusinessEurope, Vizepräsident• Landesbank Baden-Württemberg, Mitglied des Aufsichtsrats

(Stand: November 2013) Quelle: [\[19\]](#)

- Es existiert ein "gemeinsames Präsidium" von BDA und [BDI](#). Durch gemeinsames Auftreten national und auf EU-Ebene wollen sie "die Schlagkraft" ihrer Interessenvertretung stärken. [\[20\]](#)

Vorstand

Der Vorstand der BDA besteht aus 79 Personen. Er überschneidet sich teilweise mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Auswahl an Mitgliedern

Thomas Bauer	<ul style="list-style-type: none">• Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Präsident
Marie-Luise Dött	<ul style="list-style-type: none">• CDU, Mitglied des Bundestages• Bund Katholischer Unternehmer (BKU), Vorsitzende• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Mitglied des Fördervereins und ehemalige Botschafterin
Rainer Dulger	<ul style="list-style-type: none">• Gesamtmetall, Präsident
Ernst Fischer	<ul style="list-style-type: none">• Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), Präsident
Alfred Gaffal	<ul style="list-style-type: none">• Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident

-
- Rüdiger Grube • Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
- Otto Kentzler • Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
- Arndt G. Kirchhoff • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Präsident
- Ingo Kramer • BDA Präsident
- Peter Kurth • Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE), Präsident
- Kurt J. Lauk • Wirtschaftsrat der CDU, Präsident
- Arend Oetker • Geschäftsführender Gesellschafter Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG
- Walther Otremba • Bundesverband Briefdienste, Vorsitzender
• ehem. Beamter Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien
• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
- Randolf Rodenstock • Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG

(Stand: November 2013) Quelle: [\[21\]](#)

Finanzen

Laut den eigenen Angaben, die im Transparenzregister der EU stehen, gab der BDA im Jahr 2015 1.5 - 1.75 Millionen Euro für die Lobbyarbeit auf EU-Ebene aus. Fünf Mitarbeiter hatten einen Zugang zum Europäischen Parlament. [\[22\]](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Die BDA bezeichnet sich als die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen Privatwirtschaft, die die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik sowie der Bildung vertritt. [\[23\]](#) Der Verband beruft sich auf eine Reihe von Vorläuferorganisationen, die älteste wurde bereits 1869 gegründet. [\[24\]](#) Über ihre Mitgliedsverbände und die über sie organisierten Betriebe setzt sie sich für die unternehmerischen Interessen im politischen Willensbildungsprozess ein - gegenüber Legislative und Exekutive, gegenüber Gewerkschaften, gesellschaftlichen Gruppen und in der Öffentlichkeit.

Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit dem [Bundesverbandes der Industrie \(BDI\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten. ^[25] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, aus dem das "Manager Magazin" Auszüge zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde. ^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Econ Referenten Agentur](#), Website econ-referenten, abgerufen am 27. Oktober 2012
2. ↑ [2,02,1 Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. [globalpolicy.org](#), abgerufen am 07.11.2022
3. ↑ [BMZ](#), Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, [bmz.de](#), abgerufen am 22.09.20.
4. ↑ [4,04,1 Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) [bdi.eu](#) vom 03.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
5. ↑ [5,05,1 Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
6. ↑ [6,06,16,2 Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) [misereor.de](#), April 2021, abgerufen am 07.11.2022
7. ↑ [CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden](#) [reuters.com](#) vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
8. ↑ [Pressestatement vom 11.06.2021](#) [lieferkettengesetz.de](#), abgerufen am 23.11.2022
9. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) [taz.de](#) vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
10. ↑ [10,010,1 Lieferketten: Unternehmen wollen nicht für Ausbeutung haften](#) [correctiv.org](#) vom 22.02.2022
11. ↑ [11,011,1 Inside Job: Wie die Wirtschaftslobby die internen Verfahren der Kommission ausnutzt, um sich ihrer Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz zu entziehen](#) [corporateeurope.org](#) vom 08.06.2022, abgerufen am 23.11.2022
12. ↑ [Die Europaabgeordneten Lara Wolters, Heidi Hautala, Manon Aubry und Pascal Durand stellten fest: „Aus den offengelegten Dokumenten geht hervor, dass der Ausschuss \[RSB\] einer hartnäckigen und scheinbar koordinierten Lobbyarbeit ausgesetzt war, bei der fadenscheinige Behauptungen aufgestellt wurden, dass Elemente der Folgenabschätzung der Kommission gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstießen“.](#) von [business & human rights resource center](#) [business-humanrights.org](#) vom 15.12.2021, abgerufen am 22.11.2022
13. ↑ [Nachhaltige unternehmerische Sorgfaltspflicht: Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom April 2022, abgerufen am 13.11.2022

14. ↑ [Transparency europa.eu](#), n.D., abgerufen am 23.11.2022
15. ↑ [MIT gegen Lieferkettengesetz der Bundesregierung](#) mit-bund.de vom 22.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) wrd.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
17. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
18. ↑ [Die Hauptgeschäftsführung der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 09.08.2016
19. ↑ [Das Präsidium der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
20. ↑ [BDA und BDI bekommen gemeinsames Präsidium](#) DIE WELT vom 03.11.2006, abgerufen am 26.11.2013
21. ↑ [Der Vorstand der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
22. ↑ [Profil: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.](#), Transparenzregister der EU, Eintrag vom 14.7.2016, zuletzt aufgerufen am 28.6.2016
23. ↑ [60 Jahre BDA 60 Jahre Stimme der Deutschen Wirtschaft](#), Website der BDA, abgerufen am 21. Oktober 2012
24. ↑ [Daten zur Geschichte der BDA und der deutschen Arbeitgeberverbände](#), Chronik auf der Webseite des BDA, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
25. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
26. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8